

## Impressum

Herausgeber:  
Amadeu Antonio Stiftung  
Postfach 310801  
04211 Leipzig  
www.amadeu-antonio-stiftung.de/entschwoerung

Kulturbüro Sachsen e.V.  
Bautzner Straße 45  
01099 Dresden  
www.kulturbuero-sachsen.de

Text, Recherche:  
Susanne Feustel, Michael Nattke,  
Benjamin Winkler

V.i.S.d.P.:  
Grit Hanneforth,  
Geschäftsführerin Kulturbüro Sachsen e.V.

Layout, Satz:  
Nadine Rothe

Redaktionsschluss: 11.04.2019

**Monitorium bedeutet Warnung oder Mahnung.**

- Der Begriff kommt aus dem lateinischen  
und wurde in der Rechtssprache benutzt. -

Die Mobile Beratung des Kulturbüro Sachsen e.V. wird gefördert durch:

Die Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des von den Abgeordneten des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.



Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ und des Landesprogramms „Weltoffenes Sachsen“.



Staat oder als Staat nicht souverän. Es handele sich um ein Territorium, das mindestens seit 1945 fremd gesteuert und fremd verwaltet wird. Die inländischen „Eliten“ und ein großer Teil der ausländischen Öffentlichkeit spielten dieses Spiel mit oder seien selbst Verschwörer gegen das deutsche Volk.

Die Vertreter des Milieus sind bestrebt, diese für sie unumstößliche „geheime“ Wahrheit zu verkünden. Das Spannende an diesem Weltbild ist, dass es letztendlich anschlussfähig in verschiedene Richtungen ist. Sowohl Neonazis, die das Deutsche Reich glorifizieren, weil sie die Demokratie verachten, als auch linke wie rechte Antisemiten und Esoteriker finden hier Anknüpfungspunkte. Trotz aller Selbstbekundungen, ein „freier Mensch“ zu sein oder ein Territorium „freier Menschen“ schaffen zu wollen, zeigen sich die meisten Milieuangehörigen doch zutiefst autoritär und antidemokratisch. Es gilt nur das eigene Wort, das zum Gesetz erhoben wird. Eine Demokratie, wie sie heute in Deutschland existiert, lehnen die meisten Milieuangehörigen ab. Die Einflüsse rechten Denkens sind auch neben dem weit verbreiteten Antisemitismus stark. So ist es kein Zufall, dass sich „Reichsbürger“ und Selbstverwalter bemühen, für die eigene Person eine Staatsbürgerschaft nach den Gesetzen und Bestimmungen des Deutschen Reiches nachzuweisen. Deutscher kann nach dieser Vorstellung nur sein, wer deutscher Abstammung ist. Das Volks- und Staatenverständnis ist in der Regel völkisch und rassistisch.

## BEISPIELE AUS SACHSEN

### Der Wahlauftritt der Wählervereinigung „Einiges Deutschland“

Im Herbst 2018 versandte die „Reichsbürger“-Vereinigung „Einiges Deutschland“ in einigen sächsischen Landkreisen eine „Bekanntmachung“ zur „staatlichen Siegelrechte- und Verweserwahl“ an Privathaushalte. Der Text informierte über den Ablauf eines geplanten (fiktiven) Referendums, mit dem u.a. über die Verwendung der staatlichen Siegel der Gemeinden entschieden werden sollte. Die Vereinigung wollte sich so das „Recht“ verschaffen, die staatlichen Siegel offiziell zu verwenden und mit einer gleichzeitig stattfindenden Wahl zur „Gemeindevertretung“ sowie zum „Verweser für den sächsi-

schen Gemeindeverbund“ eine alternative Regierung zu bilden. Sowohl der Wortlaut des Textes als auch die geplanten Verfahren erinnern an gängige „Reichsbürger“-Praxis der letzten 30 - 40 Jahre. Bereits der Rechtsextremist Manfred Röder wollte sich offiziell als „Reichsverweser“ ernennen lassen. Gleichwohl der Textinhalt offensichtlicher Unsinn ist, war dies für viele Empfänger\*innen nicht sofort zu erkennen. Verwaltungen von Städten und Gemeinden erhielten besorgte Anrufe von Bürger\*innen. Das Beispiel zeigt, dass und wie „Reichsbürger“ versuchen, ihre „Wahrheit“ und ihre Ansprüche mit Hilfe scheinbar rechtssicherer Verfahren zu realisieren und zu legitimieren.

### Der Angriff auf eine Finanzbeamtin in Burkau (Landkreis Bautzen)

Im Oktober 2018 kam es auf dem Grundstück eines „Reichsbürgers“ zu einem Angriff auf eine Finanzbeamtin. Nach Medienberichten wurde die Beamtin geschlagen und gegen ihren Willen bis zum Eintreffen der Polizei festgehalten. Gegen den 53-jährigen Täter leitete die Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren wegen Körperverletzung und Freiheitsberaubung ein.

Gerade Finanzbeamt\*innen und Gerichtsvollzieher\*innen begegnen immer wieder der Gefahr, Opfer einer Straf- und Gewalttat des Milieus zu werden. Wenn sie geltendes Recht umsetzen, um beispielsweise wegen bestehender Schulden eine Person vor Ort aufzusuchen, werden sie mit dem geballten Hass und der Ablehnung des Milieus gegenüber dem Staat konfrontiert. Milieuangehörige empfinden das Agieren der Beamt\*innen bzw. Angestellten als Straftat oder gar Kriegserklärung gegenüber den eigenen, imaginierten Souveränitätsrechten. Wer so denkt, ist meistens auch zur Gewalt bereit. Inzwischen leistet die Polizei in solchen Fällen häufig Amtshilfe.

### Auslage von verschwörungsideologischem Material in Geschäften

In einem Spielzeugladen in einer mittelgroßen Stadt in Sachsen finden sich in einer für alle Kund\*innen zugänglichen Auslage Materialien der Organischen Christus-Generation,

einer christlichen Sekte des Schweizers Ivo Sasek. Sasek steht auch hinter der so genannten „Anti-Zensur-Koalition (AZK)“, die u.a. regelmäßig Konferenzen veranstaltet, bei denen Redner vor einem breiten Publikum krude Botschaften verbreiten. Zu Gast waren bisher beispielsweise die deutsche Holocaustleugnerin Sylvia Stolz sowie der Chef-Redakteur des COMPACT Magazin, Jürgen Elsässer.

In dem Spielzeugladen ist auch ein Reader ausgelegt, der in typisch antisemitischer Weise erklärt, wie das Geld und der Zins angeblich entstanden seien. Da wundert es nicht, dass im selben Laden auch eine Buchsäule zu finden ist, in der allerlei Werke des „KOPP Verlags“ zu finden sind. Der Verlag war in der Vergangenheit eher für Esoterik und Ufologie bekannt, heute ist er ein Sammelbecken rechter und nicht-rechter Verschwörungsideologen. Das Beispiel zeigt, wie verschwörungsideologisches Material in die Mitte der Gesellschaft gelangt und dort häufig nicht als Problem erkannt wird.

### E-Mailing

Der Förderverein einer freien Schule in einer sächsischen Großstadt erhielt ein Schreiben der Mutter einer Schülerin. Darin teilte diese dem Vorstand mit, dass sie ab sofort keine Mitgliedsbeiträge mehr an den Förderverein zahlen wird und nicht mehr als Mitglied des Vereins zu führen ist. Zur Begründung heißt es: „Ich finde eure Arbeit zwar nach wie vor gut, aber letztlich seid ihr auch nur ein Teil der BRD-GmbH und seiner Unterabteilungen. Ihr unterstützt mit der Anerkennung der Rechtsform sogar diejenigen, die unsere Souveränität verhindern.“ Die Mutter erklärt in dem Schreiben weiter, dass ihre Tochter – aufgrund fehlender Alternativen – noch an der Schule bleiben werde, aber sie es nicht mehr akzeptiere, mit ihrem Geld und ihrem Namen „die BRD-GmbH“ in irgendeiner Form zu unterstützen.

Das Schreiben ist ein typischer Fall, wie Menschen in der Alltagswelt mit dem Phänomen konfrontiert werden. Souveränisten geben sich z.B. zu erkennen, indem sie Rechtsformen kündigen, die sie mit der Bundesrepublik Deutschland und ihren Organen in Verbindung bringen. Häufig wird in diesem Zusammenhang auf die zentralen Behauptungen des Milieus Bezug genommen, wie hier die „These“ von einer „BRD-GmbH“.

### Auftreten im öffentlichen Raum

Im Spätsommer 2018 fand das jährliche Kulturfest in der Parkanlage einer ostsächsischen Stadt statt. Es gab einen Büchertisch, der ausschließlich Lektüre zu Schlesien und Ostpreußen, dem Deutschen Reich und Hitler zum Verkauf anbot; z.B.: „Ein anderes drittes Reich. Visionen der nationalsozialistischen Jugendbewegung im Spiegel der Dokumente.“; „Idee und Gestalt der Hitlerjugend“ und „So lügt das Fernsehen!“. Die Betreiber des Büchertisches bewarben außerdem eine kulturelle Veranstaltung in naher Zukunft auf einem privaten Grundstück und luden Menschen, die den Stand besuchten, dazu ein. Die Organisatoren des Büchertisches gehören einer Gruppe von Souveränisten mit einer nationalistischen, verschwörungsideologischen und rechtsextremistischen Ausrichtung an. Zahlreiche ihrer zentralen Protagonisten verkehren in rechtsnationalistischen Kreisen.

Entsprechende Gruppen werden zunehmend im öffentlichen Raum wahrnehmbar.

Die Amadeu Antonio Stiftung fördert und unterstützt bundesweit das demokratische Engagement der Zivilgesellschaft. Sie ist auch Träger für die Umsetzung von Projekten der Politischen Bildung. In Sachsen setzt sie u.a. ein Projekt um, in dem mit Fortbildungen und Vorträgen über Reichs- und Verschwörungsideologie aufgeklärt werden soll.

Das Kulturbüro Sachsen e.V. ist ein zivilgesellschaftlicher Trägerverein. Die Mobilien Beratungsteams des Kulturbüro Sachsen e.V. beraten seit 2001 Vereine, Initiativen, Jugendeinrichtungen, Kirchen, Verwaltungen und Parteien im Umgang mit demokratiefeindlichen Positionen, wie Rassismus oder den Ausprägungen einer organisierten Naziszene.

# MONITORIUM RECHTS #HEFT 02

## Reichsbürger und Selbstverwalter



#UNSIINTERES  
SIERT VER  
ÄNDERUNG

## "REICHSBÜRGER" IN SACHSEN EIN ÜBERBLICK VON 1950 BIS HEUTE

### Die ersten „Reichsbürger“ gab es schon in den 1950er Jahren

Schon kurz nach der Gründung der Bundesrepublik bildeten sich wieder extrem rechte Parteien wie beispielsweise die Sozialistische Reichspartei (SRP). Sie konservierten und vertieften eine zutiefst antidemokratische und antisemitische Gesinnung, die für das spätere „Reichsbürger“-Milieu von Bedeutung ist. Die Verbrechen des Nationalsozialismus, insbesondere der Holocaust wurden in Frage gestellt und behauptet, dass Deutschland völlig unberechtigt besetzt und besiegt worden sei. Die Bonner Republik und das Grundgesetz seien nicht die Fortsetzung deutscher Demokratieentwicklung, sondern Resultat einer Fremdbestimmung durch die Alliierten. Auch wenn die SRP bereits im Jahr 1952 durch das Bundesverfassungsgericht verboten wurde, verschwand damit nicht deren Ideologie.

Der Rechtsextremist Manfred Röder interpretierte ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE 36, 1 – Grundlagenvertrag) aus dem Jahr 1973 neu und behauptete, dass das Deutsche Reich nie untergegangen sei und demzufolge die Bundesrepublik illegal auf dem deutschen Territorium existiere. Röder berief wenig später einen ersten „Reichstag“ nach Flensburg ein.

Sowohl die Einberufung von „verfassungsgebenden Versammlungen“ als auch die Uminterpretation des benannten Gerichtsurteils sind heute wichtige Bestandteile der Reichsideologie. Im Umgang mit diesem Urteil wird ein weiteres Moment sichtbar: aus historischen Texten werden bewusst genau die Passagen entnommen, die die eigene Ideologie scheinbar bestätigen. Andere Passagen, die diese widerlegen, werden weggelassen. So verschweigt das Milieu bis heute gern, dass das Bundesverfassungsgericht urteilte, dass das Deutsche Reich als Staat identisch mit dem Staat BRD ist, in Bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings teildentisch.

### „Reichskanzler“ Ebel als „Vater“ der modernen „Reichsbürger“

In den 1980er Jahren entdeckte der Reichsbürger Wolfgang G.G. Ebel aus West-Berlin das Thema. Er wollte von alliierten Soldaten erfahren haben, dass das Deutsche Reich noch existiere, diese Tatsache aber unter Verschluss gehalten würde. Mit dieser absurden Behauptung konfrontierte Ebel Alliierte Kommandostellen in Berlin mit dem Ziel, eine Bestätigung für diese Verschwörungsbauptung zu erhalten. Ebel bediente sich vielerlei Techniken, die bis heute im Milieu gern angewandt werden, wie z.B. das Einschreiben-Rückschein Verfahren. Doch damit nicht genug. In einer komplizierten Erbfolge konstruierte Ebel die Behauptung, dass er als Beamter eines ehemaligen Betriebes des Deutschen Reiches der letzte verbliebene Angehörige der Reichsregierung sei. Mit dieser Phantasie im Rücken erschuf er die „Kommissarische Reichsregierung“ (KRR) und begründete eine „Verfahrensweise, die wir heute als „Reichsbürger“-Praxis kennen. Er druckte Ausweise der KRR, schrieb seitentlange Briefe an deutsche Behörden und betrieb Propaganda in eigener Sache. Seit den 2000er Jahren folgen Ebel weitere Personen, allerdings bilden diese nach und nach in Konkurrenz zu Ebel eigene Regierungen. Die bekannteste ist die Vereinigung „Exilregierung Deutsches Reich“ um den selbst ernannten „Reichskanzler - Fürstregent Norbert Rudolf aus der Familie Schittke zu Romkerhall“ (bürgerlich: Norbert Schittke).

### Lieber eigener Staat als Reichsregierung: Die Selbstverwalter

Das heutige Milieu besteht nicht nur aus Vereinigungen, die den Vorstellungen von Ebel und Schittke folgen. Nicht alle wollen sich durch zentralistisch organisierte „Reichsregierungen“ vertreten lassen. Stattdessen gründen sie selbst Staaten oder Reiche und erklären sich zu den Machthabenden. Diese Praxis der fiktiven „Selbstverwaltung“ basiert auf klassischen Behauptungen der „Reichsbürger“, wie beispielsweise der Nicht-Legitimität der Bundesrepublik und des Grundgesetzes. Zur Anwendung kommen aber auch neuere Konstrukte, wie beispielsweise die Verwendung der UN-Resolution A/RES/56/83. Aus dieser geht nach Meinung der Milieuangehörigen hervor, dass jeder Mensch das Recht

habe, sich selbst zu verwalten. Ignoriert wird dabei die Tatsache, dass diese Resolution lediglich für Territorien gedacht war, in denen Bürgerkriege und andere Katastrophen real existierende Staaten zerstört haben. Unabhängig davon nutzen die selbst ernannten Selbstverwalter heute solche und andere Grundlagen, um wahlweise die eigenen vier Wände oder größere Areale zum eigenen Staat zu erklären. Kommt es zum „Kontakt“ mit dem wirklichen Staat und seinen Behörden, folgt nicht selten Gewalt.

### Es geht ihnen um Souveränität: Souveränisten als Sammelbegriff

Weder „Reichsbürger“ noch „Selbstverwalter“ beschreibt das heutige Milieu zutreffend. Auf der Suche nach Begriffen, die letztendlich alle Milieuangehörigen umfassen, stößt man auf das Wort Souveränität. Nahezu das gesamte Milieu behauptet, entweder das eigene Leben oder der Staat Bundesrepublik Deutschland sei nicht souverän. Souveränität wird hier zum Kernbegriff. Beschreiben lassen sich damit sowohl Menschen, die im Ebelschen Sinne glauben, die Bundesrepublik sei kein legaler Staat, als auch Menschen, die behaupten, die Bundesrepublik diene ausschließlich fremden, ausländischen Interessen oder Mächten. Der Begriff zeigt noch eine zweite Gemeinsamkeit des Milieus: Viele Konstrukte knüpfen an antisemitische Verschwörungsideologien an. Damals wie heute wird behauptet, die Welt und damit auch Deutschland würde durch eine geheim agierende Gruppe von Menschen regiert und beherrscht. Während man bis 1945 offen „die Juden“ beschuldigte, versucht man sich seitdem in mehr oder weniger codierter Sprache.

## DIE SITUATION IN SACHSEN

Über die **Anzahl von Personen in Sachsen**, die den „Reichsbürgern“ zuzurechnen sind, können keine gesicherten Aussagen gemacht werden. Erst nachdem im Jahr 2016 Adrian U., Gründer des Phantasiestaates „Ur“ in Sachsen-Anhalt auf Polizeibeamte schoss und einen SEK Beamten schwer verletzte und wenige Wochen später ein Angehöriger des SEK in Bayern nach einem ähnlichen Einsatz im Reichsbürgermilieu seinen Schussverletzungen erlag, begannen

sächsische Sicherheitsbehörden 2017 die Szene genau und umfassend zu beobachten.<sup>1</sup>

Die Zahlen, die das Sächsische Staatsministerium des Inneren veröffentlicht, steigen seitdem kontinuierlich an. Im Sommer 2017 war noch von rund 750 Personen die Rede, im November 2018 wurde von 1600 Personen berichtet. Gemessen an der Einwohnerzahl zählt Sachsen damit neben Thüringen und Bayern zu den Bundesländern mit den meisten Reichsbürgern. Die Behörden sammeln weiter. Leider lassen sich derzeit keine Antworten auf Fragen nach dem Anteil derjenigen, die erst in den letzten Monaten zur Reichbürgerideologie gefunden haben oder wie viele Straftaten in welcher Qualität auf das Konto dieser Kreise geben. Klar ist jedoch, von den bekannten, in der Öffentlichkeit agierenden „Reichsbürgern“ und Selbstverwaltern sind überdurchschnittlich viele in den Landkreisen Bautzen, Görlitz, Zwickau, Vogtland, Mittelsachsen und der Region Meißen aktiv.

Auch in Sachsen ist das Reichsbürgermilieu in Bezug auf Organisationsgrad und Aktionsformen recht heterogen. Viele Reichsbürger agieren alleine oder in extrem kleinen Bezugsgruppen; sie sehen sich als „staatliche Selbstverwalter“, gründen fiktive Ein-Personen-Staaten. Andere zielen darauf ab, neue Mitstreitende zu gewinnen, organisieren sich in Gruppen und beschäftigen sich mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen. Das Repertoire reicht von der Teilnahme an Veranstaltungen und Demonstrationen mit eigenen Schildern, wie etwa regelmäßig bei PEGIDA in Dresden, der Organisation eigener Kundgebungen, der Sabotage von Behörden und Verwaltungen, der Gründung eigener Organisationen bis hin zur Verübung von Ordnungswidrigkeiten und Straftaten.

Zu letzterem Mittel griff das **„Deutsche Polizei Hilfswerk“**, das mit einem Übergriff nahe Meißen schon Ende 2012 mediale und behördliche Aufmerksamkeit hervorrief. Ein Gerichtsvollzieher wurde von 15 Personen überwältigt und mit Kabelbindern gefesselt. Diese Aktion folgte der Reichsbürgerlogik, die die Bundesrepublik als Staat und ihre Organe nicht anerkennt. Deshalb werden auch in Sachsen häufig **Behörden, öffentliche Verwaltungen und Schulen sabotiert**, deren Mitarbeiter\*innen bedroht oder schikaniert.

Letztere erhalten in großer Stückzahl Schreiben in denen die Begleichung von Strafzetteln angefochten, amtliche Schreiben in Frage gestellt oder Mitarbeiter\*innen bedroht werden. Besonders betroffen sind davon auch die **Abläufe in sächsischen Gerichten**. Von Januar 2017 bis Februar 2018 mussten bei über 140 Verhandlungen an sächsischen Gerichten, an denen „Reichsbürger“ beteiligt waren, vor dem Hintergrund, dass die Beteiligten schon im Vorhinein mit Beleidigungen und Bedrohungen aufgefallen waren oder für entsprechendes Verhalten bekannt sind besondere Sicherheitsvorkehrungen, wie z.B. Einlasskontrollen, getroffen werden.<sup>2</sup>

Weil es, so der Glaube, die Bundesrepublik und damit den Freistaat Sachsen gar nicht gäbe, gründete eine Gruppe mit Postanschrift in Dresden den **„Bundesstaat Sachsen“** als Teil des „Deutschen Reiches“ mit Bezug auf den Rechtsstand und die deutschen Grenzen, wie sie zwei Tage vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges existierten. Die Anhänger dieses Phantasiestaates veröffentlichten eigene Amtsblätter, geben Ausweise aus und versenden Anordnungen. Die Protagonisten sind u.a. in Ostsachsen aktiv und gut vernetzt. Sie stellen ihren Bundesstaat beispielweise in der Zeitung „Denkste“, dem Sprachrohr des Bautzner rechten Bürgerbündnisses „Wir sind Deutschland“ vor<sup>3</sup> und sind bei deren Aktionen und Veranstaltungen sichtbar.

Nicht als Reichsbürger bezeichnet werden wollen die Anhänger der **„Wählervereinigung Einiges Deutschland“** mit Sitz in Chemnitz. Die Bezeichnung sei falsch, ist auf ihrer Webseite zu lesen. Die für Außenstehende schwer zu begreifende Begründung lautet: „...“, weil die Reichsbürgerbewegung sich im Rechtsstand ab 28.10.1918 bewegt, also die BRD selbst auch ein Teil der Reichsbürgerbewegung...“<sup>4</sup> sei. Man selbst strebe jedoch die Fortsetzung des Kaiserreiches an und fordere die Anwendung des Rechts vom 27.10.1918 um 23:59 Uhr. Der Kaiser, so die Idee, habe nämlich gar nicht abgedankt. Ziel sei, die „Handlungsfähigkeit einer staatlichen Gemeinde mit Siegelgebiet herzustellen“.<sup>5</sup> Für diesen Zweck soll bei eigens abgehaltenen Wahlen ein Verweser gewählt werden, den es als Ersatz für den verlustig gegangenen Kaiser oder König dieses Phantasiestaates braucht.

Das Berliner Grüppchen **staatenlos.info – Der Comedian e.V.** um das ehemalige NPD-Mitglied Rüdiger Hoffmann (früher Klase) führt seit Jahren sehr kleine Kundgebungen in Dresden (im Regelfall parallel zu den PEGIDA-Demonstrationen), Bautzen oder auch Seiffenhersdorf durch. Dort und in unzähligen Videos im Internet veröffentlichten auch sie ihre ganz eigene „Wahrheit“, erklären die geltende Rechtsordnung für ungültig und verbreiten antisemitische Verschwörungserzählungen.

Im Jahr 2018 führten Sicherheitsbehörden unter Federführung der Dresdner Staatsanwaltschaft Hausdurchsuchungen in sieben Bundesländern durch. Die Staatsanwaltschaft begründete diese Maßnahme mit dem unrechtmäßigen Betrieb einer 2017 von Menschen aus dem Reichsbürgermilieu gegründeten Krankenkasse. Die Schließung der **Deutschen Gesundheitskasse (DeGeKa)** durch deutsche Behörden erkannten die Betreiber selbstredend nicht an. Medien zitierten sie mit der Aussage, der unangemeldete Betrieb sei „reichsrechtlich zulässig“.<sup>6</sup>

## WORAN GLAUBEN VERTRETER DES SOUVERÄNISTEN-MILIEUS UND WAS IST DARAN GEFÄHRLICH?

Aus dem Milieu wird behauptet, dass „alle Deutschen“ Opfer einer gigantischen Verschwörung seien. Die Eliten in Politik, Medien, Kultur und Wissenschaften würden den Deutschen die Wahrheit vorenthalten. Und diese „Wahrheit“ lautet: Die Bundesrepublik Deutschland sei kein

1 - Seit Beginn 2017 lässt sich das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen personenbezogene Daten von Sächsischer Staatsverwaltung, Städte- und Gemeindegeld etc. über Reichsbürger liefern. Siehe auch: Wellso, Paul (2017): Kein Frühwarnsystem. Eine Spurensuche nach den Reichsbürgern in Verfassungsschutzberichten, in: Speit, Andreas (Hrsg.), Die unterschätzte Gefahr, S.159-178.

2 - Vgl. Antwort der sächsischen Staatsregierung auf die Kleine Anfrage im Sächsischen Landtag von Kerstin Köditz, KLANr. 6/12607

3 - [https://www.deutschlandfunk.de/reichsbuerger-wenn-extremismus-vom-rand-in-die-mitte-der-724.de.html?dram:article\\_id=427576](https://www.deutschlandfunk.de/reichsbuerger-wenn-extremismus-vom-rand-in-die-mitte-der-724.de.html?dram:article_id=427576)

4 - <http://einiges-deutschland.com>

5 - Ebd.

6 - <https://www.tag24.de/nachrichten/dresden-krankenkasse-reichsbuerger-scheinkasse-illegal-verbot-513585>